

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1½ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 11. November. Se. Maj. der König haben Allernachst geruht: Dem Schatz-Kassamajor Paar zu Kassel und dem pensionirten Steuer-Einknehmer Sievers zu Schwelm den Rother Adler-Orden vierter Klasse; dem Rittergutsbesitzer Gaben auf Pollwitten und dem Partikulier Link zu Ortelburg den Königlich Kronen-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Unsere Kartell-Konvention mit Rußland.

Die vom Abg. Löwe angekündigte Interpellation bezüglich der Kartell-Konvention mit Rußland ist freilich zunächst nur mit dem Motiv begleitet, daß die am 9. August 1857 auf zwölf Jahr erneuerte Konvention bis zum Schlusse dieses Jahres gekündigt werden muß, wenn sie nicht auch nach dem 9. August f. Z. in Wirksamkeit bleiben soll. Wie schon das Datum des ersten Abschlusses (29. März 1830) beweist, ist dieselbe, so bemerkt die „Bes. Ztg.“ für Preußen fast ohne Werth, hauptsächlich gegen Flüchtlinge aus Rußland-Polen gerichtet. Dieser Ansicht der „Bes. Ztg.“ stimmen wir im Ganzen bei, obgleich wir überzeugt sind, daß auch unsere Regierung eines sich auf die Auslieferung von Verbrechern beziehenden Gegenstandsvertrages, wie er zwischen den meisten europäischen Staaten besteht, bedarf, da ohne einen solchen nicht wenige Kriminalverbrecher aus unserer Provinz sich jenseits der Grenze den Verfolgungen unserer Gerichte entziehen würden. Doch Rußland hat bei dem Abschluß der Konvention entschieden das größere Interesse, um so mehr, als es sich unausgesetzt von der Gefahr oder Unbequemlichkeit überzeugen muß, welche politisch kompromittirte Flüchtlinge ihm im Auslande bereiten können. Preußen wird dieselben auch, abgesehen von der Konvention, nicht gern in seinen Provinzen, am wenigsten in der Provinz Posen, dulden; denn dieselben haben sich dort, gleichviel, ob kompromittirt oder nicht, zu keiner Zeit sehr angenehm gemacht. Nichtsdestoweniger wird Rußland auf Erneuerung der Konvention dringen, um es nicht von der preussischen Regierung allein abhängen zu lassen, welche russischen Flüchtlinge sie aus ihren Grenzen ausweisen will, welche nicht. Unsere Regierung muß dabei, wie gesagt, hauptsächlich von dem Wunsche geleitet werden, gemeine Verbrecher nicht der Strafe entgehen zu lassen; unsere politische Kompromittirten möchten sich schwerlich nach Rußland verirren.

Wenn das Abgeordnetenhaus jetzt auf Kündigung der Konvention dringt, so kann dies der Regierung nur angenehm sein, indem sie dadurch für ihre Bemühungen, die dem Grenzhandel gesteckten Schranken zu beseitigen, in den Augen Rußlands einen Stützpunkt gewinnt. Bei der Interpellation möge es aber auch sein Bewenden behalten, da kein eigentlicher Grund vorliegt, an ihrer Bereitwilligkeit, die Erneuerung der Kartell-Konvention zur Erlangung größerer Zugeständnisse hinsichtlich des Grenzverkehrs zu benutzen, in Zweifel zu ziehen. Der Werth der ganzen Interpellation wird in der Erklärung liegen, welche der Regierungs-Kommissar auf sie giebt. Die Regierung durch einen Landtags-Beschluß hin zu drängen, wohin sie nicht will, wäre überaus bedenklich; sie allein kann unter den heutigen Umständen die politische Stellung bestimmen, welche sie Rußland gegenüber einzunehmen hat.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 11. November. Von 1869 ab werden die nach dem Kriege von 1866 neu errichteten preussischen Regimenter durchgehends nur noch aus Mannschaften der Landestheile bestehen, nach welchen sie ihre provinzielle Benennung führen, während sich bisher bekanntlich in denselben Mannschaften der alten Landestheile mit denen der neuen anfänglich in dem Verhältniß von zwei Dritteln zu einem Drittel, und im letzten Jahr von einem Drittel zu zwei Dritteln zusammengestellt befanden. In Folge der umfassenden Beurlaubungen im Laufe dieses Jahres hat sich dieses Verhältniß indeß insofern anders gestellt, daß thatsächlich diese Regimenter bereits seit Ausgang Sommer beinahe ausschließlich noch aus Angehörigen der neuen Landestheile zusammengesetzt sind. Eine Störung ist bei diesem Umbildungsprozeß nirgends hervorgetreten, sondern hat sich nach allen Nachrichten der Vorgang dieser Verschmelzung sogar weit leichter und unmittelbarer vollzogen, als dies z. B. mit der Erweiterung der preussischen Armee von 1815 der Fall gewesen ist. Zugleich wird von 1869 ab die vorgeschriebene Uniformität der preussischen mit den norddeutschen Kontingents-truppen durchweg in Vollzug treten, indem der Termin mit diesem Jahr abschneidet, während welches bei letzteren die alten, früheren Uniformen aufgetragen werden sollten. Die Einheit der großen norddeutschen Armee wird sich demnach von nun ab auch durch den täglichen Augenschein kennzeichnen. Die Einführung des preussischen Exercitiiums und der preussischen Dienstformen hat übrigens auch bei den Kontingents-truppen, und noch weit über den gegenwärtigen Umfang der norddeutschen Armee hinaus, bei der württembergischen und badiischen Division nirgends das geringste Hinderniß erfahren und muß nach der beinahe unmerklichen Art, wie sich diese nichts desto weniger so tiefgreifende Umwandlung für weitaus den größten Theil der gesamten deutschen Streitkräfte vollzogen hat, die Amalgamationskraft, welche dem preussischen Wehrwesen beizugehört in der That als eine wahrhaft außerordentliche erachtet werden.

Der offizielle Bericht über das in der Schießschule zu Spandau am 5. September d. Z. abgehaltene Vergleichsschießen zwischen den bisher von den verschiedenen Armeen in Gebrauch genommenen Hinterladungsgewehren ist jetzt veröffentlicht worden und findet darin die schon in einer früheren Korrespondenz gebrachte Mittheilung die vollste Bestätigung, daß alle diese Waffen in Hinsicht der Schnelligkeit ihres Feuers thatsächlich nur einen so geringen Unterschied aufweisen, daß die Differenz hierin für die Ernstverwendung

um so weniger in Betracht kommen würde, als der dem einen oder dem andern Gewehr in dieser Beziehung beizubehaltende Vorzug doch wohl schwerlich je in irgend einem Gefechtsmoment zur vollen Ausnützung zu gelangen vermöchte. Das Letztere um deswillen, weil mit dem Austausch von vier, höchstens fünf Salven jedenfalls immer nach der einen oder der anderen Seite der Ausschlag und die Entscheidung gewährt werden dürften. Speziell stellt sich dieser Unterschied pro Minute und bei gezielten Schüssen folgendermaßen: Zündnadelgewehr 12 Schuß, Chassepot 11 Schuß, Sni-dergewehr (England) 10 Schuß, Remington (Dänemark) 14 Schuß, Peabodygewehr (Schweiz) 14 Schuß, Wänzelgewehr 10, Werndtgewehr (beide Oesterreich) 12 Schuß, das Henry-Winchester-Repetirgewehr (Nordamerika) endlich, jedoch nur bei gefülltem Magazin, 19 Schuß. Anders stellt sich hingegen der Unterschied in den Treffern, und zwar für das Zündnadelgewehr gegen das Chassepotgewehr auf 56 Prozent Treffer gegen 28, wozu bei letzterem noch unter 79 Schuß 3 Versager. Ebenso hat auch das Henry-Winchester-Gewehr bei 19 Schuß nur 11 Treffer ergeben. Nicht minder wird auch über die Ergebnisse der letzten Schießversuche auf dem hiesigen Artillerie-Schießplatze ein offizieller Bericht erwartet, zugleich verlautet über die mit demselben erzielten Erfolge aber noch, daß mit diesem neuesten Schießen wahrscheinlich auch die Geschosfrage als entschieden angesehen werden dürfte. Bisher standen nämlich die Gruson'schen Hartgussgranaten in Hinsicht des Zubrechens den Gußstahlgranaten um etwas nach, während ihnen dafür aber eine größere Durchschlagsfähigkeit und namentlich eine erhöhte Sprengwirkung zuerkannt wurde. Setzt man indeß der ersterwähnten Mangel sich in dem Maße als gehoben ausgewiesen haben, daß der Vorzug sich eher noch auf ihrer Seite befinden möchte und bei ihren sonstigen hervorragenden Eigenschaften, wie bei dem beträchtlichen Unterschiede der Preise beider Geschosse dürften demnach wohl alle Gründe für die Bevorzugung der Gruson'schen Granaten sprechen. Dem Vernehmen nach sind die letzten Erfolge auch schon vorzugsweise mit denselben erzielt worden, und zwar ungeachtet des noch beibehaltenen schweren Bleimantels, welcher als ein Hinderniß ihrer Wirkungsfähigkeit angesehen wird. Sobald es gelingen sollte, diesen mit einer leichteren Bleiumkleidung zu vertauschen, dürfte demzufolge ihre Wirkungsfähigkeit als eine noch gesteigerte vorausgesetzt werden.

Berlin, 11. November. Die in meinem vorigen Briefe ausgesprochene Erwartung, daß der Postvertrag mit Italien noch gestern Abend werde unterzeichnet werden, hat sich bestätigt. Heute sind jedoch die Bevollmächtigten noch einmal zusammengetreten, um über nebensächliche Punkte noch eine Besprechung zu halten.

Die niederländische Postverwaltung hat jetzt ihre definitive Erklärung abgegeben, daß sie ihrerseits bereit sei, das Post-Anweisungsverfahren im internationalen Verkehr zwischen ihrem und dem norddeutschen Postgebiete mit dem 1. Dezember d. Z. zur Ausführung gelangen zu lassen. Da man diesseits mit diesem Termin einverstanden ist, so werden also von dem gedachten Tage an zu Geldsendungen nach und von den Niederlanden Postanweisungen benutzt werden können.

Vom hiesigen statistischen Bureau ist jetzt dem Bundeskanzler-ante eine Zusammenstellung der Gesamtergebnisse der Volkszählung vom 3. Dezember 1867, soweit sie im norddeutschen Bundesgebiet stattgefunden, übergeben worden. Danach betrug die gesammte staatsangehörige Bevölkerung des Bundes 29,857,431 Köpfe, von welchen 29,758,552 als ortsanwesend, 98,879 als im Bundesauslande abwesend bezeichnet werden. Nach den Friedensschlüssen von 1866 wurde auf Grund der Zählung von 1864 die Gesamtbevölkerung des Bundes auf 29,220,862 Köpfe berechnet. Danach hätte sie sich in den zwischen den beiden letzten Zählungen liegenden drei Jahren um 636,569 Köpfe vermehrt.

Nach einer statistischen Zusammenstellung über das landwirtschaftliche Vereinswesen besitzt der preussische Staat 31 landwirtschaftliche Hauptvereine, an welche sich 604 Zweigvereine anschließen; außerdem 166 landwirtschaftliche Vereine ohne Anschluß und in der Rheinprovinz über 200 landwirtschaftliche Rasinos. Am ausgedehntesten ist das landwirtschaftliche Vereinswesen in der Provinz Hannover, welche 9 Haupt-, 123 Zweig- und 25 nicht centralisirte Vereine zählt. Demnach folgt die Rheinprovinz mit 1 Haupt-, 60 Zweig- und 26 nicht centralisirten Vereinen, wozu noch die genannten Rasinos kommen. Alsdann dürfte die Provinz Preußen anzuführen sein, wo 3 Hauptvereine mit 93 Zweigvereinen und 22 nicht centralisirte Vereine sind. Von den übrigen Provinzen ragen noch durch eine größere Zahl von Vereinen hervor: Schlesien mit 1 Haupt-, 56 Zweig- und 25 nicht centralisirten, Westfalen mit 5 Haupt-, 37 Zweig- und 15 nicht centralisirten, Brandenburg mit 3 Haupt-, 54 Zweig- und 11 nicht centralisirten und Sachsen mit 1 Haupt-, 61 Zweig- und 16 nicht centralisirten Vereinen. An die Zweigvereine der Provinz Sachsen haben sich die 6 anhaltinischen Vereine angeschlossen.

Der Kronprinz von Sachsen und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin treffen am Sonntag Morgen hier ein und begleiten Se. Majestät den König zur Theilnahme an den Hofsagden um 1 Uhr Mittags nach Jagdschloß Pless.

Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses aus der Provinz Hannover sind gestern und heute fast vollständig hier eingetroffen, nachdem vorgestern der Schluß des Provinziallandtages erfolgt ist. Bei der Schluß-Ceremonie konnten sich die Herren Ritter einer etwas kindlichen Demonstration nicht enthalten, welche heute hier häufig besprochen wurde und den Gegenstand vielfacher Erheiterung bildete. Die Herren ließen nämlich unter der Hand anfragen, ob

der Landtags-Marschall wohl mit einem Hoch auf den König schließen würde, und als dies bejaht wurde, verschwand gegen den Schluß der Verhandlung Einer nach dem Andern mit einziger Ausnahme des Schatzmeisters a. D. v. Kössing und des Regierungsraths Stegmann. Zu den verdufteten Rittern gehörten unteren Anderen der kürzlich in das Herrenhaus berufene Staats-Minister a. D. v. d. Decken und die beiden Herren v. Lenthe, von denen der Eine einen Ruf in das Justiz-Ministerium erhalten sollte und bei der Wahl in die Provinzial-Verwaltung gegen den national-gefinnten Bürgermeister Hugenberg unterlegen ist. So harmlos die Sache an sich ist, so sollte sie doch von Neuem dazu beitragen, dem hiesigen Liebsäugeln mit jener frondirenden welfischen Ritterschaft endlich einmal Schranken zu setzen.

Das Bestreben, die Einnahmen aus der Postverwaltung nach Möglichkeit zu erhöhen, das noch jüngst in der Beschränkung der Portofreiheit der Korrespondenz der Abgeordneten einen Ausdruck fand, hat veranlaßt, daß nunmehr auch den königlichen Eisenbahn-Direktionen Seitens des Handelsministeriums aufgegeben worden ist, ihre Korrespondenzen mit dem Publikum, sofern dieselben ein gemischtes Interesse haben, stets mit dem Rubrum „Portopflichtige Dienstsache“ zu versehen, in welchem Falle auch für unfrankirte Sendungen vom Adressaten für den gewöhnlichen Brief nur das Ein-Silbergroschen-Porto zur Erhebung gelangt. Liegt jedoch ein zu erlassendes Schreiben im alleinigen Interesse des privaten Empfängers, so ist dasselbe ohne Rubrum abzusertigen, während andererseits durch die Bezeichnung „Königliche Dienstsache“ gänzliche Portofreiheit eintritt, wenn die absendende Dienststelle speciell interessirt ist.

Aus der Provinz Sachsen erfahren wir, daß die Verlesung der Erklärung des evangelischen Ober-Kirchenraths gegen die päpstliche Encyclica von den Kanzeln und die damit verbundene Reformationspredigt erheblich dazu beigetragen hat, daß die diesmahlige Kirchen- und Hauskollekte für die dringendsten Nothstände der evangelischen Kirche Preußens reichlicher ausgefallen ist, als man es hätte unter andern Umständen erwarten können.

Das peinliche Aufsehen, welches das kürzlich an die Volksschullehrer seitens der Regierung zu Erfurt erlassene Verbot, nicht die Wirthshäuser zu besuchen, machte, wird jetzt noch erhöht durch folgenden Zusatz, mit welchem der Landrath Franz im „Worbiser Kreisblatt“ diesen Regierungsverlaß begleitet. Er schreibt: „Abschrift vorstehender Verfügung erhalten der Magistrat hier und die Ortsbehörden der Landgemeinden zur Kenntnissnahme und mit der Veranlassung: mir Anzeige davon zu machen, wenn sich dieser oder jener Lehrer eines tadelhaften Lebenswandels schuldig machen sollte.“ Die Volksschullehrer des Regierungsbezirks Erfurt stehen mithin förmlich unter polizeilicher Aufsicht, wie die wegen gemeiner Verbrechen bestraften Subjekte.

Den preussischen Kaufleuten und Gewerbetreibenden, welche in dem Königreiche Polen Rohprodukte ankaufen, ist eine neue Belastung dadurch auferlegt worden, daß sie fortan für den Geschäftsbetrieb in Polen zur Zahlung der Gewerbesteuer, welche die polnischen Kaufleute erster Gilde entrichten, herangezogen werden sollen, während sie bisher frei davon waren.

Der Geheim-Ober-Regierungsrath a. D. Gerhard ist gestern früh hieselbst gestorben.

Der Prozeß wegen Diebstahls und Unterschlagung gegen das Komtoirpersonal der Wirschen Gas- und Wasserleitungsabtheilung ist nun in allen Instanzen rechtskräftig entschieden; es sind verurtheilt: Wierschitzky zu vier Jahren, Göbe zu 18 Monaten, Rosenthal zu einem Jahr und Brummerhoff zu drei Monaten Gefängniß. Feldt und Oberdörfer sind freigesprochen.

Am 14. September c. wurde, wie der Leser sich erinnern wird, auf dem Anhaltischen Bahnhofe ein junger Mann in Frauenkleidern verhaftet und erwies sich der Gefangene als ein junger Schauspieler Namens Brück, der früher in der Brödelmann'schen Truppe in Ermangelung eines dazu passenden weiblichen Individuums die Rolle der ersten Liebhaberin gespielt hatte und sich nun auf der Reise zu jener Truppe befand. Es wurde festgestellt, daß die Damengarderobe nicht das Eigenthum des jungen Mannes, sondern das der Frau Staatsrath v. Kupfer in Dresden war, bei der er einige Wochen als Kammerdiener angestellt gewesen war und die er in der befragten Kleidung verlassen hatte. Brück, dieserhalb wegen Diebstahls angeklagt, war in allen Punkten geständig und wurde von dem Gerichtshof zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Bei einem Schauspielerbau von Sensburg nach Rastenburg ist bei den Erdarbeiten ein, wie es scheint, bedeutendes Bernsteinslager aufgefunden worden; täglich finden die Leute in ganz geringer Tiefe schöne und große Stüde.

Stettin, 11. Nov. Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung Herrn Oberbürgermeister Vörcher mit 12 gegen 8 Stimmen behufs seiner Präsentation als Vertreter der Stadt Stettin im Herrenhause gewählt (7 St. fielen auf Herrn Stadtrath Braude, 1 St. auf Herrn Stadtrath Theune, ein Mitglied war abwesend).

Kiel, 11. November. Das Postdampfschiff „Syland“ traf heute erst 5 Uhr 15 Min. früh aus Kopenhagen hier ein. Die Passagiere und die Briefpost haben noch mit dem Elzuge nach Altona Beförderung erhalten. Die Fahrpost ist mit dem Zuge 7 Uhr 5 Minuten weitergesandt worden.

Reudsburg, 11. November. Provinziallandtag. Der Schluß der sehr lebhaften Vorberatung der Städteordnung erfolgte noch in der gestrigen Sitzung. Heute fand die Wahl der Bezirkskommission für die Einkommensteuer statt. Dieselbe besteht aus 12 Mitgliedern und 6 Stellvertretern.

Hessen. Darmstadt, 11. Novbr. Die amtliche „Darmstädter Zeitung“ enthält gegenüber den von einigen Zeitungen gebrachten Mittheilungen eine Erklärung des Fhrn. v. Dalwigk, wonach derselbe bei seinem kürzlichen Aufenthalte in Kurland diese Provinz als der Regierung durchaus ergeben gefunden habe; die neuerlich eingetretene strengere Verfahrungsweise in den Ostseeprovinzen habe vor seiner Rückkehr Platz gegriffen. Fhr. v. Dalwigk fügt hinzu, daß ihm Verjuche, das gute Einvernehmen zwischen Rußland und Preußen zu stören, vollständig fremd seien.

Oesterreich.

Wien, 11. November. In der heutigen Sitzung des Reichsraths führte Minister Berger den Nachweis, daß das Wehrgezeß weder den politischen, noch den volkswirtschaftlichen und finanziellen Ruin Oesterreichs zur Folge haben werde, wie die Gegner desselben behaupten. Die Politik der Regierung sei der Friede und die

Frankreich.

Gestaltung eines freien Oestreichs. Der Minister des Innern, Dr. Giska, erklärte die Regierung habe alle Umstände reiflich überlegt und ihre Pflicht gethan. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Graf Taaffe, erklärte hierauf, das Motiv politischer Ehrlichkeit nöthige die Regierung, aus der Annahme des Gesetzes eine Kabinettsfrage zu machen.

Für die Spezialdebatte ist eine Abend Sitzung anberaumt.

Unterhaus. Bei der heutigen Debatte über das Wehrgegesetz polemisierte der Reichskanzler v. Beust gegen die Widersacher des Wehrgegesetzes und widerlegte die Anschuldigung, daß er im Wehrausschuß beunruhigend gesprochen habe. Der Reichskanzler fügte hinzu, er habe bisher nichts gethan, was irgendwie eine Beunruhigung hervorbringen könnte und müsse bedauern, daß noch immer Laute des Unwillens gegen den Ausgleich mit Ungarn, welcher von ganz Europa als eine Stärkung der Monarchie angesehen sei, erhoben würden. Das Ministerium müsse jetzt ebenso aus dem Wehrgegesetz eine Kabinettsfrage machen, wie es dies seiner Zeit aus den Grundgesetzen und den konfessionellen Gesetzen gemacht habe. Bei einem vollständigen Einvernehmen zwischen dem Ministerium und dem Hause werde das Volk die im Wehrgegesetz gestellten Forderungen nicht zu hoch finden.

Während der Anwesenheit des päpstlichen Nuntius Falcinelli in Galizien wurde auf Veranlassung einiger Mitglieder der galizischen Aristokratie eine Adresse an den Papst gerichtet, in welcher ihm für die „Beglückung“ Galiziens mit dem Besuche des Nuntius gedankt wird. Der Papst erließ hierauf als Antwort zwei Schreiben an die galizischen dankerfüllten Herren. Wir citiren hier den einen Brief des Papstes an den Fürsten Lubomirski. Derselbe lautet seinem wesentlichen Inhalte nach:

Pius IX.

Geliebter Sohn! Die allerneuesten Beweise Eurer Liebe und Treue haben uns am angenehmsten berührt, uns, die wir verlangen, daß Alle mit uns einig in Christo seien und wünschen, daß dies auch mit den offenkundigsten Thatsachen erhärtet werde, zur Aneiferung der kleinlichen Seelen und zur Beschämung und Bestrafung der Unerschämtheit und Kühnheit gegen die Kirche. Wir freuen uns somit des schriftlichen Beweises der Liebe so vieler Namen und Gemeinden Galiziens und leiten von dieser Standschaftigkeit in künftiger Zeit die Prophezeiung eines um so rascheren Triumphes der Wahrheit ab. Ich ertheile also das verdiente Lob Allen, die Deinem Rathe folgten, und ertheile allen Diesen, und namentlich Dir den apostolischen Segen.

Rom, St. Peter, 9. September.

Im dreißigundzwanzigsten Jahre unseres Papstthums.

Papst Pius IX.

Graz, 5. November. Ein hiesiger Seidenfärber wollte die Schwester seiner verstorbenen Gattin zur Frau nehmen. Das ist aber nach kanonischen Satzungen ein geistliches Ehehindernis. Um dieses aus dem Wege zu räumen, muß man 300 Fl. als Dispens-Taxe erlegen. Das war dem Seidenfärber zu viel, und er meldete beim Magistrat Graz die Noth-Civilehe an, weil ihm das Pfarramt den Bescheid gegeben, daß ohne Zahlung der 300 Fl. die kirchliche Trauung unmöglich sei. Der Magistrat kündigte nun in einem Platate, welches in dem Thur des Rathhauses befestigt wurde, die Noth-Civilehe an. Das war dem Bischof von Seckau, Dr. Zwerger, zu viel. Er schickte an den Magistrat eine vehemente Zuschrift, in welcher die Entfernung des „Rundmachungszettels“ gefordert und zugleich erklärt wurde, daß die kirchliche Trauung des Seidenfärbers auch ohne Zahlung der Dispens-Taxe möglich sei. Der Seidenfärber entschloß sich nun, sich kirchlich trauen zu lassen. Der Grazer Magistrat antwortete dem Bischof, daß er nur die Gesetze erfüllt habe und nichts Anderes.

(N. Fr. Pr.)

Großbritannien und Irland.

London, 11. November. In einem von Besitzern ausländischer Bonds veranstalteten und stark besuchten City-Meeting, bei welchem Goeßchen präsidirte, wurde einstimmig die Gründung eines Centraleschusses zur Wahrung der Interessen der Beteiligten beschlossen.

Friedrich Wilhelm der Gerechte.

Von der Jerusalemer Kirche aus nach dem königlichen Palais in Berlin zu sah man an einem Sonntage einen Zug schwarz gekleideter ernster Männer, ältere und jüngere, einhererschreiten, angeführt von zwei alten mit dem schwarzen Adlerorden auf der Brust geschmückten Herren. Was bedeutet dies? Hören wir: Das Pflaster in Berlin, der Hauptstadt in Preußen und die vorzugsweise Residenz seiner Könige, befand sich in einem sehr erbärmlichen Zustande; es mußte durch eine radikale Umpflasterung diesem Uebel, welches sich nicht allein den einfachen Bürgern und den jarten Damen durch seine Unebenheiten und Löcher, sondern auch seinem Könige bei dessen häufigen Fußpromenaden sehr fühlbar machte, gründlich abgeholfen werden. Die Minister stellten deshalb dem Könige die unumgängliche Nothwendigkeit der Pflasterung vor; er entschied dem Antrage gemäß und erließ sofort einen Kabinettsbefehl an den Berliner Magistrat, die neue Pflasterung Berlins auf das Schnellste zu bewerkstelligen. Nun hatten aber bis dahin die preussischen Regenten vom großen Kurfürsten an Berlin auf ihre eigene Kosten pflastern lassen, weshalb der Magistrat bei Sr. Majestät vorstellig wurde, daß er auf Kosten seiner Schatzkammer die Pflasterung bewirken lassen möge und daß er doch keine Ausnahme von seinen Vorgängern machen werde. Friedrich Wilhelm der Dritte war ein redlicher Mann und von strenger Gerechtigkeit, hatte er aber einmal seiner Ueberzeugung gemäß etwas angeordnet, dann hielt er daran fest und in diesem Falle umsomehr, weil er den Befehl als Ausfluß seiner königlichen Machtvollkommenheit für zu Recht bestehend hielt. Der König resolvirte deshalb: er liebe keinen Widerspruch, der Magistrat müsse pflastern lassen und dabei verbleibe es. Letzterer stellte nunmehr in einem erneuten unterthänigen Bittgesuch dem Könige vor, daß königl. Majestät nicht im Rechte sei und wenn dieselbe den Magistrat zwingen wolle, die Pflasterung Berlins zu bezahlen, so müsse Bittsteller den Rechtsweg einschlagen und bei dem Kammergericht Klage führen.

Nun, verehrter Leser, der du noch keinen Prozeß geführt hast — und Gott behüte dich davor — oder noch schlimmer, wenn du einen gehabt hast, wirst du wissen, wie störend der Gedanke daran ist und wie unangenehm sich die Drohung des Verlaßens empfindet; versehe dich nun in die Lage des Königs, bedroht mit einer gerichtlichen Klage von dem Magistrat seiner geliebten Residenzstadt Berlin. Es machte daher dies Gesuch auch auf den König umsomehr einen höchst unangenehmen Eindruck, als er im Recht zu sein glaubte, das Verfahren des Magistrats für Tölpel hielt und in demselben den seinem königlichen Herrn gebührenden Respekt vermißte. Der König erließ daher einen noch schärferen als den bisherigen

Paris, 9. November. Die Regierung bleibt bei ihrem bewährlichen Entschlusse, die Blätter wegen der Zeichnung für das Baudin-Denkmal zu verfolgen. Das Parquet war der Ansicht, daß man die Idee, den Journalen den Prozeß zu machen, besser aufgab, aber Herr Baroche hat den Gerichten aufgetragen, die Verfolgung fortzusetzen; er selber handelte im Auftrage des Kaisers. Das „Avenir National“ veröffentlicht jeden Tag seine Liste und wird jeden Tag von der Polizei mit Beschlagnahme belegt. Die andern Journale kommen ihm zu Hülfe; der „Temps“ veröffentlicht heute seinerseits eine Liste, an deren Spitze sich der ehemalige Minister Dufaure befindet. Das „Journal de Paris“ kündigt an, es werde morgen die Liste der heute eingelaufenen Beträge veröffentlichen. Auch die „Revue Politique“ befindet sich unter den vor Gericht geladenen Journalen. Man beschäftigt sich in Paris lebhaft mit dieser Angelegenheit, selbst in Kreisen, in denen man sich sonst nicht mit Politik befaßt. Der Minister des Innern hat den Abendblättern den Befehl ertheilt, die vorchriftsmäßige Hinterlegung von zwei Exemplaren noch vor dem Beginne des Verkaufs derselben zu bewerkstelligen, damit diese Journale zur Noth auch in Paris mit Beschlagnahme belegt werden können, wie das nun schon dreimal mit dem „Avenir National“ der Fall ist. Das „Pays“ hat dem Minister des Innern diesmal als Leitfaden gedient, indem dasselbe seit dem 3. November jeden Tag einen Artikel gegen die Rundgebung und zur Verherrlichung des 2. Dezembers veröffentlicht hat.

Paris, 10. November. „Opinion nationale“, „Journal de Paris“ und „Avenir national“ veröffentlichen heute das bereits angekündigte, unter Mitwirkung Crémieux abgefaßte Advokaten-Gutachten, in welchem erklärt wird, daß die Erhebung einer Anklage wegen Eröffnung einer Subskription für das Denkmal Baudin's rechtlich nicht begründet ist. Auch „Siecle“ eröffnet heute eine solche Subskription.

Nach den letzten Nachrichten aus Havanna herrscht auf Kuba wie auf Porto-Riko andauernd große Aufregung.

Durch ein Dekret vom 28. März 1866 wurde für ganz Frankreich eine Untersuchung über den Zustand des Ackerbaues angeordnet; nach zweieinhalbjähriger Arbeit ist vor Kurzem die betreffende Denkschrift dem Ministerium eingereicht worden. Wir heben heute aus derselben nach der „Patrie“ einige Angaben von allgemeinerem Interesse über die Vertheilung des Eigenthums hervor. Nach einer schon vorher bekannten statistischen Notiz ist der kleine Grundbesitz in Frankreich durch 22 Millionen Individuen vertreten und der Bericht bestätigt denn auch, daß die großen Besitzungen von mehr als 100 Hektaren sehr selten geworden sind und daß der Grund und Boden sich in außerordentlichem Maße in den Händen der Behauer zersplittert. Für die Produktion liegt darin ein Vortheil. Jeder der kleinen Eigenthümer baut seine Parzelle weit sorgfältiger an, als die Knechte und Tagelöhner der großen Grundbesitzer es thun. Aber die Parzellierung geht denn doch über alles Maß hinaus; im Osten und Nordosten wird dadurch, daß einem Eigenthümer oft eine Anzahl auseinander liegender Stücke Landes angehört, ein ungeheurer Zeitverlust und eine Anzahl von Prozessen zwischen Grenznachbarn herbeigeführt. Die von mehreren Seiten vorgeschlagenen Mittel zur Abhilfe dieses Uebelstandes, daß es nämlich einem Familienvater freistehen solle, sein Grundeigenthum nach Belieben zu vertheilen, oder daß sich dasselbe nur auf einen Sohn vererben, die andern Kinder aber durch Geld entschädigt werden sollen, hatten sich keines allgemeinen Beifalls zu erfreuen. Dagegen war man einstimmig der Ansicht, daß eine Rückkehr zu dem Gesetz vom 16. Juni 1834 wünschenswerth sei, wodurch der Austausch benachbarter Grundstücke einer festen Taxe von 1 Franc unterworfen wurde. Die starke Parcellirung hat noch eine andere bedenkliche Folge: eine beständige Unsicherheit des Eigen-

kabinettsbefehl in dieser Angelegenheit an den Magistrat. Letzterer vertraut auf sein Recht, reichte, so unangenehm es ihm auch war, in aller Form bei dem königlichen Kammergericht eine Klage gegen den König ein. Das Kammergericht durfte die Klage nicht zurückweisen, sondern mußte sich darauf einlassen, ernannte einen Referenten und Korreferenten und bestimmte eine vierwöchentliche Frist zur sorgfältigen Erwägung und Abgabe ihres Referats. Nach Ablauf der Zeit wurde für diese seltene und hochwichtige Prozeßsache eine außerordentliche Plenarsitzung anberaumt. Der Referent hielt seinen Vortrag — der vorsitzende Präsident war Woltermann, der 2. Präsident v. Ertschler — und durch die unumstößlichen Beweisstücke kam er zu dem Schluß, daß, da die Kurfürsten von Brandenburg sowie die nachfolgenden Könige von Preußen sich verpflichtet hatten, ihre Residenzen auf eigene Kosten in Stand zu halten, der jetzt regierende König ebenfalls verpflichtet sei, dies zu thun. Der Korreferent hatte ganz dieselbe Meinung und der Schluß des ganzen Gerichtshofes fiel gegen den Beklagten, seinen König aus. Einstimmig verurtheilte ihn das Kammergericht zur Pflasterung der Haupt- und Residenzstadt Berlin aus seinen Mitteln und zur Bezahlung der Prozeßkosten. Welchen Eindruck ein gerichtliches Erkenntnis auf den unterliegenden Theil macht, weiß derjenige, den es betroffen, jeder aber mag sich vorstellen, welche Empfindungen eines Königs Gemüth aufregen, der doch sonst seinen Willen durchzusetzen die Macht und oft auch das Wollen dazu hat. Nicht so Friedrich Wilhelm III., als ihm das Erkenntnis des Kammergerichts mitgetheilt wurde. Aufgebracht war er allerdings Anfangs auch — er war ja ein Mensch und dazu auch der König in seinem Lande —, dann aber bestimmte er: Appelliren an das Oberlandesgericht in Frankfurt a. D. Nun war dieser Weg aber nicht der richtige, denn das Oberlandesgericht stand nicht über dem Kammergericht und konnte und durfte das Urtheil desselben nicht reformiren, wenn es nicht die über den Instanzenzug bestehenden, maßgebenden und auch gesetzlichen Vorschriften verletzen sollte. Das richtige Sachverhältnis dem Könige, der über diese Angelegenheit schon sehr verdrossen war, vorzustellen, wagte weder ein Generaladjutant noch am allerwenigsten der Justizminister. Das Kammergericht erhielt von dem Entschlusse des Königs Mittheilung und der ganze Gerichtshof war in arger Verlegenheit; es wurde wegen dieser schwierigen Angelegenheit eine besondere Sitzung berufen und demnächst zur Ausführung gebracht, was in derselben beschlossen war.

Wir kommen nun auf den Eingang erwähnten Zug zurück. Es bildeten denselben die Präsidenten, Räte, Assessoren und Referendarien des Kammergerichts und zogen nach dem Dienstatte ge-

thums nämlich. Eine genaue Abmarkung ist schwer durchzuführen. Bei einer im Departement der Meuse angestellten Untersuchung ergab sich, daß dieselbe pro Hektare 21 Fr. kosten würde.

Es handelte sich dabei um einen Komplex von 832 Hektaren welcher 270 Besitzern gehörte und in 5348 Parzellen getheilt war. Im Osten verlangte man, daß die Abmarkung durch ein Gesetz zur Pflicht gemacht werde, es hat sich namentlich dort die Nothwendigkeit einer vollständigen Umgestaltung des Katasters gebieterisch herausgestellt. In Bezug auf die Kultur des Landes hat die Untersuchung befriedigende Resultate ergeben, sie hatte überall sichtbare Fortschritte gemacht. Von dem materiellen Wohlbefinden der ländlichen Bevölkerung gilt das Gleiche. Der Bericht sagt darüber: Die Mehrzahl der Sachverständigen hat anerkannt, daß alle Lebensbedingungen sich allgemein und merklich verbessert haben: Wohnung, Nahrung, Kleidung, alle Gewohnheiten beweisen ein Wohlbefinden, welches noch vor 30 Jahren unbekannt war.“ Es wird dies dem Umstande zugeschrieben, daß die ehemaligen Tagelöhner zum größten Theile Eigenthümer, wenn auch nur von einem Viertel Morgen geworden sind.

Belgien.

Brüssel, 11. November. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wurden der Präsident der letzten Sessionsperiode Dolez mit 77 von 93 Stimmen, und die bisherigen Mitglieder der Bureaux mit großer Majorität wiedergewählt.

Italien.

Florenz, 5. November. Der 3. November ist nicht ohne einige Rundgebungen in verschiedenen größeren Städten Italiens vorübergegangen. Hier begaben sich einige Hundert Individuen, deren größere Zahl aus Burischen unter 14 Jahren bestand, im feierlichen Aufzuge mit zwei schwarzen Fahnen, worauf in weißen Buchstaben eine Erinnerung an Mentana stand, nach dem Kirchhof von San Miniato außerhalb der Stadt. Dort hielt ein gewisser Zeppa eine sehr feurige Rede, die auf Rom hinwies, aber wenig Wirkung hervorbrachte. Die Menge kehrte dann nach der Stadt zurück, durchzog die belebtesten Straßen und machte auf dem Plage der Signoria Halt! Hier wurde sie von einem Reiter aufgeführt zu schwören, das Papstthum zu stürzen und Rom zur Hauptstadt Italiens zu machen. Diese Aufforderung wurde mit lautem Geschrei erwidert. Inzwischen kam eine Kompanie Bersaglieri heranmarschirt, und sie war noch nicht auf dem Plage, als die Menge sich verlor, womit die Rundgebung ihr Ende erreicht hatte. Abends wurde die Sache etwas ernster. Die Bersaglieri zerstreuten jedoch die Aufläufe, wo sie sich zu bilden suchten und zwar durch ihr bloßes Auftreten, ohne Anwendung von Waffengewalt. Auf dem Plage der Signoria wurde ein schlechtgekleidetes Individuum verhaftet, welches eine aufrührerische Proklamation an die Mauer anschlagen wollte. Zuletzt durchzog Kavallerie die Straßen und Plätze, wo sich die Menge verjammelt hatte, und machte jeder Rundgebung ein Ende. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen; unter anderen wurde auch jener Zeppa dem Gericht übergeben. Alle Gewölbe waren an jenem Tage offen, mit Ausnahme derer, in welchen Waffen verkauft werden; die Inhaber derselben erinnerten sich daran, daß bei der vorjährigen Demonstration aus ähnlichem Anlasse ihre Magazine geplündert wurden. Nach den Berichten, welche aus Bologna und Genua eingegangen sind, scheinen dort die Rundgebungen eine ernstere Haltung befehlen zu haben. Zahlreiche mit Flor umkleidete Fahnen wurden ausgestellt, und die Aufzüge nach dem Kirchhofe zur Erinnerung an die bei Mentana Gefallenen waren feierlicher und mit besserer Ordnung eingerichtet. Die Ruhe wurde nirgends gestört und die Trauerfeier trug nichts von einem aufrührerischen Charakter an sich.

Florenz, 10. November. Der Marineminister Kontreadmiral Ribot hat seine Entlassung eingereicht.

ordnet, vor des Königs Palais, wurden zur Audienz gemeldet und sollten auf Befehl des Königs vorgelassen werden. Sie stellten sich in dem dazu bestimmten Saal auf und raschen, militärischen Schritts trat der König in denselben ein. Der älteste Präsident trat mit einer Verbeugung vor und sprach folgende Worte: Ew. Majestät wollen huldreichst vergeben, wenn wir nothgedrungen Ihnen eine allerunterthänigste Bitte persönlich vortragen. Mein königlicher Herr! Wie Sie uns hier sehen, sind wir die sämtlichen Mitglieder des ersten Gerichtshofes des Königreichs. Wir sprechen ab, Majestät, über Leben und Tod und haben über uns nur die Begnadigung des redlichsten und menschenfreundlichen Herrschers von allen, die je ein deutsches Scepter geführt haben. Wenn wir die peinlichsten Urtheile fällen, dann muß die Bevölkerung des Landes uns ein unerschütterliches Vertrauen entgegenbringen, wir müssen von der Ueberzeugung umringt sein, daß kein Rang und Stand bei uns Berücksichtigung findet und daß wir festhalten an Gesetz und Recht. Weil wir auch gegen Sie, mein königlicher Herr, unsern innigst geliebten Landesvater, unserer Pflicht nachgekommen sind, deshalb haben Sie uns Ihr Vertrauen entgegen und das Beispiel des Königs muß das Vertrauen Ihrer Unterthanen erschüttern. Durch einen Nachspruch wollen Eure Majestät einer unter dem Kammergericht stehenden Instanz unser reichlich erwogenes Urtheil zur Prüfung event. zur Abänderung überweisen lassen. Durch solche Maßregel werden wir degradirt und sind fortan unfähig, den obersten Gerichtshof Preußens zu bilden. Im Namen meines Kollegen im Vorsitz, der Räte, Assessoren und Referendarien, von jedem Einzelnen beauftragt, bitte ich Ew. königl. Majestät um unser aller Entlassung.

Der König hatte unverwandt und mit Aufmerksamkeit seine Blicke auf den Sprechenden gerichtet und so waren ihm auch die Thränen in den Augen desselben nicht entgangen. Nach einer Pause sprach er: Alle gegen mich gewesen? Alle, mein königlicher Herr, antwortete Woltermann, sonst würden nicht Alle in Unterthänigkeit um den Abschied bitten. So viele besser beurtheilen können als einer, äußerte nunmehr der König, ich Mensch sein und irren können; freundlicher hinzusehend: Keinen Abschied erhalten, im Amte bleiben und wenn es einmal Recht ist, will ich pflastern lassen. Diesen königlichen Worten folgte ein stürmisches Lebehoch Aller, der König lächelte, reichte den beiden Präsidenten die Hand, verbeugte sich vor den Gerichtspersonen und verließ den Saal.

So handelte Friedrich Wilhelm der Gerechte!

Rußland und Polen.

Petersburg, 6. November. Die ausländischen Zeitungen bringen ein Telegramm aus Petersburg, welches die Nachricht dementirt, als habe der Papst durch ein Rundschreiben den hiesigen Synod zu dem im nächsten Jahre abzuhaltenden Konzil eingeladen, und daß der Synod eine Erwiderung auf dieses Schreiben vorbereite. Dieses Dementi ist vollkommen falsch. Der Papst hat (nicht wie das obige Telegramm widerlegt) nicht ein Rundschreiben an den Synod, sondern an die griechisch-russischen Bischöfe unter Adresse des Synods, dessen Mitglieder mehrere derselben sind, erlassen. Die Erwiderung von Seiten des Synods ist bald fertig, sehr geistreich angefertigt und verspricht den Katholicismus nicht. — Die Hochzeit des Herzogs Eugen von Leuchtenberg mit Gräfin Dvinskina findet den 22. November in Petersburg und nicht, wie früher gemeldet, in Florenz statt. — Der berühmte Prozeß wegen des Salzdiebstahls in Nishnij-Novgorod kommt ebenfalls Ende November zur Verhandlung. Bekanntlich hatte der Verwalter der Reichsdouane, General Werderewski, einen kleinen Unterschleif begangen, indem er die Kleinigkeit von 1 1/2 Mill. Pud Kronsalz in die Tasche steckte.

Petersburg, 11. November. „Journal de St. Petersburg“ zufolge hat die Militärkonferenz betreffs Beschränkung der Anwendung von Sprenggeschossen am Montage ihre erste, zwei Stunden dauernde, Sitzung unter dem Vorfige des Kriegsministers abgehalten. Das Protokoll führte der Geheimrath Jomint. Die nächste Sitzung wird Freitag stattfinden.

Warschau, 8. November. Durch kaiserlichen Ukas vom 8. v. M. ist die Verwaltung der griechisch-unirten Kirchenangelegenheiten im Königreich Polen unter die unmittelbare Aufsicht des Ministeriums der Volksaufklärung in Petersburg gestellt worden. Diese Anordnung, die als Resultat der hier während der Anwesenheit des Kaisers stattgehabten Beratungen zu betrachten ist und die im Einverständnis mit dem neuen Bischof der griechisch-unirten Diocese Chelm, Kuziemski, erfolgt sein soll, muß um so mehr auffallen, als die übrigen katholischen Kirchenangelegenheiten im Königreich Polen unmittelbar der Verwaltung der hier beim Kuratorium des Warschauer Lehrbezirks bestehenden Abteilung für die fremden Bekenntnisse untergeordnet sind. Diese Trennung der griechisch-unirten Kirche von ihrer lateinischen Schwesterkirche, mit der sie von jeher ein unzertrennliches Ganze gebildet, hat hier dem Verdacht neue Nahrung gegeben, daß die Regierung ernstlich damit umgehe, die griechisch-unirte Kirche von Rom loszureißen und wieder mit der orthodoxen Kirche zu vereinen. Der neue unirte Bischof Kuziemski hat zwar in dem nach seinem Amtsantritt erlassenen Hirtenbriefe versichert, daß er von den russischen Behörden das bestimmte Versprechen erhalten habe, daß dem griechisch-unirten Bekenntnis ihrerseits kein Hindernis in den Weg gelegt, auch die Verbindung desselben mit Rom aufrecht erhalten werden solle, doch wird dieser Versicherung schon deshalb wenig Bedeutung beigelegt, weil der Hirtenbrief in russischer Sprache abgefaßt ist und in demselben für die nationale Trennung der Ruthenen von den Polen stark agitiert wird. — Russischen Blättern zufolge hat das römisch-katholische Kollegium in Petersburg u. A. beschlossen, daß kein Kandidat des geistlichen Standes in Rußland die Priesterweihe erhalten soll, der nicht vorher in einer mit ihm abgehaltenen Prüfung in der russischen Sprache sich darüber ausgewiesen hat, daß er dieser Sprache vollkommen mächtig ist. Da in dem römisch-katholischen Kollegium auch das Königreich Polen vertreten ist, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Beschlüsse desselben, sobald sie von der Regierung bestätigt sind, auch für das Königreich Polen verbindliche Kraft haben. (Nissee-Ztg.)

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 11. November. (Aus dem Staatshaushalt für 1869.)

A und O.

Aus der Chronik des ehemaligen Hoftheaters zu Schleswig.

Von Friedrich Dörr.

(Fortsetzung.)

Man achtete ihn allgemein als Künstler, aber eigentlich Freunde hatte er weder unter seinen Kollegen, noch unter den Einwohnern der Stadt. Jedermann fühlte sich verletzt und zurückgestoßen durch seine Sonderbarkeiten; nur einer verstand ihn zu behandeln, der alte Schauspieler Rüdinger. Der kannte seinen langjährigen Kollegen, wußte, daß in der rauhen ungeliebten Schale ein gesunder, guter Kern steckte und war gütig und phlegmatisch genug, all' seinen Schwächen mit Gemüthsruhe zu begegnen.

Rüdinger aber hatte auch den alten Dörr schon gekannt, als dieser sich noch nicht so gänzlich gegen allen Umgang absperrte, sondern ein täglich erscheinendes Mitglied des gemüthlichen Klubs war, der immer nach der Theateraufführung sich im Gastzimmer des Bieltz'schen Palais versammelte. Noch immer tagte allabendlich die frohe Gesellschaft, zu der die angesehenen Bürger und Beamten der Stadt, so wie die vorzüglichsten Kräfte vom Schauspiel und von der Oper sich zusammenschauten; nur der alte Dörr kam seit zehn Jahren nicht mehr. Unannehmlichkeiten aller Art hatten ihn den Besuch im Palais verleidet, auch seine Stellung als Regisseur erforderte, daß er den zu intimen Umgang mit den übrigen Bühnemitgliedern, besonders mit den jüngeren, mied, deren Umarmung gegenüber die Autorität zu bewahren nicht leicht war. Deshalb kam er seltener und seltener bis ein an sich unbedeutender Vorfall ihn veranlaßte, plötzlich ganz mit dem Klub zu brechen.

Nur zweimal noch während der langen Frist hatte er sich auf dringende Einladung dazu verstanden die Gesellschaft zu besuchen, beide Male aber erfahren, daß man nur beabsichtigt, ihn zur Erfüllung eines besonderen Wunsches zu bewegen, den die Gesellschaft an ihn richtete.

Daß es sich darum auch heute handle, wußte der Alte recht gut, und er dachte wohl bei sich: „Liegt euch Nichts an meiner Person, so danke ich für die Einladung.“ Aber was konnte man von ihm wollen? Von wem ging die Aufforderung aus? Ganz ohne Neugierde war er doch nicht, hütete sich aber, eigenförmig wie er war, vor dem Wirt zu zeigen, daß die Einladung, auf das Palais zu kommen, irgend welche Bedeutung für ihn habe.

Es dauerte indeß gar nicht lange, so öffnete sich die Thür des Gastzimmers, und der junge Mann erschien wieder, der vorher meinen Großvater gesucht hatte. Auf einen fragenden Blick deutete der Wirt nach dem Winkel, wo der Alte saß, und der Angekommene näherte sich demselben zögernd, scheu. Er erwartete offenbar keinen günstigen Bescheid, und doch schien ihm daran Viel gelegen zu sein.

Der Alte saß, den Kopf in beide Hände gestützt, und guckte in sein Bierglas.

„Herr Regisseur!“ sagte leise der junge Mann.

Der Alte blickte mürrisch auf. „Was wollen Sie?“

„Herr Regisseur, die Gesellschaft im Palais läßt Sie höchlichst ersuchen, ihr die Ehre zu geben, eine Stunde in ihrer Mitte zuzubringen.“

„Was will die Gesellschaft von mir?“

Jedes Wort wurde gedehnt und gleichgültig ausgeprochen.

„Eine kleine Ueberraschung — ich darf nicht verrathen!“

„St Ziffand angelangt?“ — Ziffand wurde nämlich zum Gastspiel erwartet.

*) Ein Verwandter (Sohn?) desselben soll in Kassel am Hoftheater eine bevorzugte Stellung eingenommen haben.

Der Etat der Eisenbahn-Verwaltung ist in der Einnahme veranschlagt auf 34,116,304 Thaler (+2,699,625 Thaler gegen 1868) in den dauernden Ausgaben auf 20,762,137 Thaler (+201,924 Thaler), von dem Ueberschuß gehen auf 729,954 Thaler für außerordentliche Ausgaben und zur Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden 10,189,732 Thaler (+1,267,121 Thaler), so daß ein Reinertrag von 2,434,480 Thaler bleibt, der gegen das vorige Jahr um 1,065,196 Thaler zurücksteht. Bei einigen Staatsbahnen hat sich der Ueberschuß gegen das vorige Jahr verringert: so bei der Niederschlesisch-Märkischen (Einnahme 7 1/2 Million, Ausgabe 4,461,000 Thaler, Ueberschuß 3,039,000 Thaler, gegen das vorige Jahr weniger 374,000 Thaler, in Folge der am 1. Oktober 1867 eröffneten Berlin-Küstriner Strecke der Dsbahn und der am 1. Januar 1868 eröffneten Berlin-Görlitzer Bahn; die Schlesische Gebirgsbahn seit dem 15. August 1867 im Betriebe, gleicht den Verlust nur theilweise weise wieder aus). Desgleichen bei der Westfälischen Bahn (Einnahme 2,550,000 Thaler, Ausgabe 1,950,000 Thaler, Ueberschuß 600,000 Thaler, um 203,200 Thaler geringer gegen das vorige Jahr, der Ueberschuß der Strecke Münster-Hamm ist fast auf die Hälfte, auf 55,400 Thaler, reduziert). Desgleichen bei der Main-Weßer Bahn (Einnahme 2,063,000 Thaler, Ausgabe 1,375,000 Thaler, Ueberschuß 688,000 Thaler, an dem Hesse mit 223,024 Thaler, Preußen mit 464,976 Thaler, participirt, das letztere mit 27,483 Thaler, weniger gegen das vorige Jahr. Da die Verwaltung und der Betrieb des im Großherzogthum Hessen belegenen Theiles der Main-Weßer Bahn durch den Staatsvertrag vom 30. Mai 1868 auf die preussische Regierung übergegangen ist, so ist die Gesamteinnahme der Bahn auf den Etat für 1869 gebracht, auf den vorjährigen nur die des preussischen Theils). Desgleichen bei der Main-Neckar-Bahn (Einnahme von dem preussischen Antheil der Bahn 115,930 Thaler, Ausgabe 6205 Thaler, Ueberschuß 109,725 Thaler, gegen das v. J. 36,927 Thaler weniger. An dem Gesamtvertrage von 801,220 Thaler für 1869 participirt nach Verhältnis der Baufapitalien Preußen, Hessen und Baden. Die Verminderung des pr. Antheils entspricht der Verminderung des preussischen Baufapitals, seit Baden die ihm von der Stadt Frankfurt vorgeschossenen 1,650,000 Thaler an Preußen zurückerstattet hat.

Alle übrigen Staatsbahnen weisen wachsende Ueberschüsse nach: Die Verbindungsbahn zu Berlin: Einnahme 120,000 Thaler, Ausgabe 90,000 Thaler, Ueberschuß 30,000 Thaler (+5000). Die Dsbahn: Einnahme 7,700,000 Thaler, Ausgabe 3,026,000 Thaler, Ueberschuß 3,774,000 Thaler (+396,000). Die Saarbrücker Bahn: Einnahme 1,900,000 Thaler, Ausgabe 1,136,500 Thaler, Ueberschuß 763,500 Thaler (+4,500). Die hannoverschen Bahnen: Einnahme 8,200,000 Thaler, Ausgabe 4,915,000 Thaler, Ueberschuß 3,285,000 Thaler (+431,300). Die Hebra-Sanauer Bahn: Einnahme 800,000 Thaler, Ausgabe 587,000 Thaler, Ueberschuß 213,000 Thaler (+81,000). Die Nassauische Bahn: Einnahme 1,160,000 Thaler, Ausgabe 544,000 Thaler, Ueberschuß 616,000 Thaler (+11,000). Die Frankfurter-Odenbacher Bahn: Einnahme 19,124 Thaler, Ausgabe 1,108 Thaler, Ueberschuß 18,016 Thaler (+1,953).

Die große Bedeutung der Staatsbahnen besteht nicht nur in ihrer finanziellen Ergiebigkeit; ihre anderweitige politische Wichtigkeit erhellt, wenn man erwägt, daß der Etat der Niederschlesisch-Märkischen Bahn 2953, der Dsbahn 2306 Angestellte nachweist, zu denen die Arbeiter in den Werkstätten selbstverständlich nicht gehören. In dem Personal der Niederschlesisch-Märkischen befinden sich 56 Bahnmeister, 111 Bahnwärter (mit 180—240 Thaler), ein Stationspersonal von 150 Beamten, 513 Weichensteller (mit 250—300 Thaler), 70 Telegraphisten, 165 Lokomotivführer (mit 350—550 Thaler), 28 Zugführer, 54 Radmeister, 165 Heizer (mit 250—350 Thaler), 223 Schaffner (250—300 Thaler), 81 Bremser und Schmierer. Als Prämien für Roß- und Del-Ersparnisse sowie für Entdeckung von Schienen-, Achs- und Radreifenbrüchen sind für 1869 ausgesetzt 2050 Thaler.

Die Vertheilung des Staats bei Privatbahnen stellt sich für 1869 folgendermaßen: 1) Bei der Oberschlesischen, Einnahme 892,430 Thaler, Ausgabe 25,573 Thaler, Ueberschuß 866,857 Thaler, (+145,477). 2) Bei der Köln-Mindener, Einnahme 918,960 Thaler, Ausgabe 284,133 Thaler, Ueberschuß 634,822 Thaler. (+194,322 Thaler). Bei beiden Bahnen fällt dem Staat statutenmäßig 1/2 des Reinertrages über 5 Prozent des Anlagekapitals zu, bei der 3) der Bergisch-Märkischen 1/2 des Reinertrages über 6 1/2 pCt., für 1869 63,971 Thaler. (+26,109). 4) Bei der Stargard-Polener Bahn 70,371 Thaler. Bis zu 4 1/2 pCt. von dem Staatsantheil am Stammkapital und von den bis Ende 1868 amortisirten Stammaktien (+3028). Diese Einnahme wird zur Amortisation von Stammaktien verwendet, so daß dem Staat von seiner Vertheilung an Privatbahnen im Ganzen 1,565,650 Thaler zufließen. Dagegen hat er an Zinszuschüssen für Privatbahnen, für welche die Zinsgarantie unmittelbar auf die Staatskasse übernommen ist, für 1869 bereit zu halten 1,051,800 Thaler. (+37,933), nämlich für Rhein-Nahe 111,400, Ruhr-Sieg 106,000, Spier-Pommersche 334,200, Vorpommersche 403,800, Ehrenbreitenstein-Oberlahnstein 31,000, für die Koblenzer Rheinbrücke 65,400 Thaler.

Die Central-Verwaltung und die Eisenbahn-Kommissariate kosten 22,500 Thaler, darunter 11,600 Thaler für die sieben Eisenbahn-Kommissarien in Berlin, Erfurt, Köln, Kassel, Altona, Bismarck und Hannover. In den beiden letztgenannten Plätzen fungieren als Kommissarien die Vorfigen der Direktionen der Dsbahn und der hannoverschen Bahnen mit einer Zulage von 400 Thaler zu ihrem Gehalte von 2000 Thaler. Ein vom Staate er-

nanntes Mitglied der Direktion der Köln-Mindener bezieht 2200 Thaler und der frühere Vorstand der Hessischen Nordbahn 1600 Thaler. Für Vorarbeiten zu neuen Eisenbahnen sind, wie im v. J., 42,000 Thaler ausgesetzt, zu anderen persönlichen und sächlichen Ausgaben 50,917 Thaler.

Die Eisenbahnschulden sind von ihrem ursprünglichen Kapitalbetrage von 215,420,688 Thaler bis zum Schluß des J. 1868 auf 186,972,542 Thaler gemindert und verlangen zur Verzinsung und Tilgung pro 1869 7,775,650 resp. 2,414,082 Thaler. Von der Eisenbahnschuld, wie sie am Schluß d. J. besteht, fallen auf die alten preussischen Anstehtheile 134,703,812 Thaler, auf Hannover 16,868,730 Thaler, auf Kurhessen 15,207,600 Thaler, auf Nassau 16,532,285 Thaler, auf Frankfurt 3,660,114 Thaler.

Die besondere Kommission für den Gesetzentwurf, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten von Hessen wird erst dann ihre Sitzungen beginnen, wenn in Betreff der Uebernahme des Referates eine Verständigung erfolgt ist. Die Uebereinstimmung der liberalen Fraktionen des Hauses ist im Wesentlichen für diese Angelegenheit außer Zweifel, wie die bisherigen Vorbesprechungen bewiesen haben. Die Meinungsverschiedenheiten, die laut geworden sind, betreffen die juristische Seite der Vorlage. Wie ist es, wird gefragt, mit dem preussischen Recht in Uebereinstimmung zu bringen, daß ein ehemaliger Fürst für eine im feindseligen Geist gegen die Staatsregierung abgefaßte Druckschrift durch Beschlagnahme seines Vermögens bestraft werden soll? Und müssen nicht, wenn diese Strafe von Wirkung sein soll, die verbleibenden Ueberschüsse (§. 2 der Vorlage) der preussischen Generalstaatskasse zufließen, statt besonders deponirt zu werden? Endlich: muß nicht die Wiederabhebung der Beschlagnahme ebenfalls durch ein Gesetz erfolgen, während §. 4 der Vorlage die königliche Verordnung vorbehält?

Die Beratungen der Vertrauensmänner, welche der Minister des Innern zur Anhörung über den Entwurf einer Revisionsordnung einberufen hat, sind, nach der „R. Ztg.“, beendet; die Herren haben sich über einen Vorschlag verständigt, den der Minister nun selbst noch einer Kritik unterwerfen will, bevor der Entwurf an das Staatsministerium gelangen soll. In Abgeordnetenkreisen sieht man der Vorlage nicht mit besonderen Erwartungen entgegen; man sagt sich ziemlich allgemein: ein Werk, zu dessen Zustandekommen nur Mitglieder der äußersten Rechten als Vertrauensmänner herbeigerufen worden, werde schwerlich über die Grenzen legtegedachter Partei hinaus Zustimmung finden.

Die „S. C.“ schreibt: Dem Vernehmen nach wird für die jetzige Session des Landtages ein formulirter Antrag auf Aufhebung der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 30. April 1847 (Gesessammlung von 1847 S. 201), betr. den Stempel zu Kauf- und Lieferungsverträgen im kaufmännischen Verkehr eingebracht werden. Man nimmt an, daß diese Kabinettsordre ein mit dem Artikel 101 der Verfassungsurkunde unverträgliches Privilegium begründet.

Der „Kasseler Ztg.“ zufolge ist der Fürst zu Isenburg-Birstein mit erblicher Berechtigung in das Herrenhaus berufen worden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 12. November.

Die Wagner'sche Kapelle des 37. Regiments gab gestern in Lamberg's Salon ihr erstes Sinfonie-Konzert in dieser Saison. Das Programm ließ nichts zu wünschen übrig, und wenn die Ausführung nicht immer den Ansprüchen entsprach, die an ein Sinfonie-Konzert gestellt werden müssen, so ist der Grund wohl allein der Abwesenheit des Meisters zuzuschreiben, da die Kapelle bereits bewiesen hat, daß sie recht Tüchtiges zu leisten vermag. Mehrere Piecen ernteten auch gestern den wohlverdienten Beifall der Zuhörer.

[Zur Kellerüberflutung im Ertelschen Hause am Altmärkt.] Nach andauernden Untersuchungen und Aufgrabungen, um die Ursache festzustellen, woher das die Ertelschen und Laßgins Kellerräume überschwemmende Wasser kommt, versammelte sich gestern die städtische Baudeputation, um einen endgültigen Beschluß in der Angelegenheit zu fassen. Die Kommission war der Ansicht, daß seitens der Stadt Alles geschehen sei, wozu diese Herrn Ertel gegenüber verpflichtet sei, und daß, da das Wasser wahrscheinlich aus einem Quell komme, der Besitzer die weiteren Arbeiten auf eigene Kosten unternehmen müsse; doch sollte noch als letzter Versuch die Abperrung der städtischen Wasserleitung erfolgen.

Um 9 Uhr Abends wurde gestern das Hauptrohr der städt. Wasserwerke abgesperrt, kurz nach 10 Uhr war das Wasser abgelaufen und das Rohr leer. Nun beobachtete man den Zufluß im Keller und bemerkte bald darauf, daß derselbe schwächer wurde und nach und nach gänzlich aufhörte; nach einiger Zeit jedoch führte das Wasser plötzlich wieder mit großer Heftigkeit und in dickem Strahle in den Keller, denn durch irgend einen Umstand war im oberen Rohre das Wasser zurückgehalten worden, das jetzt abfloß und zum Hydranten emporquoll. Der Wasserzufluß im Keller ließ wieder nach, als das Hauptrohr wieder frei war und begann mit der alten Schnelligkeit den Keller zu füllen, sobald heute Morgen die städtische Wasserleitung wieder in Gang gesetzt wurde. Es unterliegt daher gar keinem Zweifel mehr, daß das Wasser in den Kellern doch aus der Wasserleitung kommt, deren schadhafte Stelle vielleicht in nächster Nähe der Kellermauer liegt. Heute werden deshalb auch bereits wieder die

bald auf die ganze Klubgesellschaft, in der sich auch mehrere Damen, die Frauen einiger Mitglieder des Theaters, befanden, während die Sänger sich jenseits eines Baches, welcher dort eine Insel bildet, aufgestellt hatten.

Als die letzten Töne des Gesanges verhallt waren, trat eine Stille ein, die von dem Eindruck zeugte, welchen das eben Erlebte auf Alle hervorgebracht hatte.

Rüdinger's Plegma entzog sich diesem Eindruck am raschesten. „Siehst Du, Dörr“, sagte er, „was man Alles Dir zu Ehren angestellt hat.“ „Dummes Zeug!“ erwiderte der Angeredete, „das glaub' Dir ein Anderer! Ich sollte nicht wissen, daß ihr etwas Anderes wollt, als daß ich euren Gesang anhöre? Aber schon ist es doch! Mich hat der Chor noch nie so angeprochen, wie heute Abend.“

Alle Anwesenden begrüßten nun den Gast mit Herzlichkeit und nahmen ihn in ihre Mitte. „Alles recht gut, recht schön!“ murmelte der Alte, „männ ich mich nicht erkälte in der Frühlingsnacht. Komm Rüdinger, wir gehen wieder.“ Du weißt, wie empfindlich ich gegen die Nachtluft bin.“

„Gut was!“ brummte Rüdinger, „wir — halt!“

Plötzlich begann auf der Insel wieder der Gesang. „O Isis und Osiris“, der berühmte Chor aus der damals noch nicht alten, aber auch nie alternden „Zauberflöte“, wurde in vortrefflicher Weise zum Vortrag gebracht. Noch einmal, dann erhoben die Sänger ihre Stimmen zu einem mehr heiteren Liede, dann zog die ganze Gesellschaft zum Gasthause zurück und nahm wieder an dem langen Tisch im Klubzimmer Platz, wo dem alten Dörr ein Stuhl neben Rüdinger eingeräumt wurde.

Der Klub hatte erreicht, was er wollte. Dörr befand sich in der Stimmung, in welcher er ein ganz anderer Mensch war, als sonst. Er sprach munter mit, ging in lebenswürdiger Weise auf die Scherze ein, welche die Gesellschaft lebten und gefand sich, daß es dort doch besser sei, als einsam in der Bierstube auf jener Seite der Straße zu sitzen.

Plötzlich aber unterbrach er das heitere Gespräch, erhob sich von seinem Stuhl und sagte:

„Nun aber mal heraus mit der wahren Sprache! Ich weiß ja doch, daß Ihr Etwas von mir wollt. Soll ich vielleicht die „Palmyra“ wieder zur Aufführung bringen.“

Worhardi sah mit einem bittenden Blick auf den präsidierenden Schumacher, der bei allen Gelegenheiten, wo es die Kunst der Ueberredung galt, das Wort führen mußte.

„Mein lieber Worhardi“, rief dieser über den Tisch hinüber, „heute müssen Sie schon selber reden. Nur ungenirt heraus! Weihen thut der Alte ja nicht! Sie haben das Solo und wo unser Accompaniment nöthig erscheint, fallen wir Anderen tützt ein.“

Die Sache, um die es sich handelte, verhielt sich so. Worhardi war seit zwei Jahren Mitglied der Oper in Schleswig und wegen seiner kräftigen und hohen Tenorstimme, welche von einem tüchtigen Meister geschult worden, allgemein beliebt. Sein Ruf hatte sich schon über ganz Norddeutschland verbreitet und einige Tage vor jener Scene war ihm für eine bedeutende Bühne ein Kontrakt angeboten, den er, obgleich er in Schleswig (ine hohe Gage bezog, deshalb annehmen zu müssen glaubte, weil derselbe lebenslanglich war und sein Alter durch eine ausreichende Pension sicherte. Rathlos hatte er an jenem Abend im Klub sein Mißgeschick mitgeteilt und die Gesellschaft, obgleich sie höchst ungern ein kaum zu erlangendes Mitglied der Oper scheiden sah, hatte sich doch unter Berücksichtigung der vortheilhaften Auskünfte bereit erklärt, Alles aufzubieten, dem Sänger seine Entlassung zu erwirken.

(Fortsetzung folgt.)

Straßenröhren in der Neuenstraße behufs weiterer Untersuchung aufgedrungen. Herr Eitel, der für die nicht unbedeutenden Verluste wohl mit Recht eine Entschädigung von Seiten der Stadt beanspruchen dürfte, muß noch immer seine Saugpumpe in Thätigkeit erhalten.

— [Reife Himbeeren.] Mitte November dürften reife Himbeeren im Garten unstrittig eine Seltenheit sein, die nur ein so ausnehmend warmer Sommer und angenehmer Herbst, wie der diesjährige, erzeugen kann. Solche Himbeeren tragen gegenwärtig noch die Himbeersäulen im Garten des Wendland'schen Grundstücks auf dem Graben. Zwar haben dieselben nicht die Süßigkeit der Sommerhimbeeren, aber immer noch sind sie genießbar.

† Adelnauer Kreis, 10. November. [Für Schlägta; Feuer; Wette; Erhängter; Kreistag.] In verfloßener Woche, als zwei Forstbeamte der Thurn- und Taxischen Forst zur Pirsch fuhren, bemerkten sie hinter einem Baume lauernd einen Mann mit einem Gewehr im Aufschlage. Da sie in ihm den gefürchteten und berüchtigten Raubjäger Anton Schlägta vermuteten, gaben sie Feuer und entfernten sich, da von dem Angegriffenen eine Erwiderung erfolgte. Bei der Kontrollübernahme in Dröpsow wurde der Tagelöhner F. aus R. bettlägerig krank an einer Schußwunde gemeldet. Der nach R. gesandten Kommission des königl. Kreisgerichts Krotoschin gelang es, daß er in der Forst Eichen gelesen und dabei von zwei Forstbeamten im Schienbein verwundet worden. Vor etwa vierzehn Tagen wurde F. ebenfalls — wahrscheinlich für Schlägta angesehen — im Walde von einem Forstbeamten in die Beine geschossen.

In Nummer 180 Ihrer geschätzten Zeitung referierte ich über eine Feuersbrunst, welche dem Wirth Adam Tiz in Raschkow das Wohnhaus in Asche legte, wobei nur mit großer Anstrengung die nahe Scheune gerettet wurde. Nach meinem damals ausgesprochenen Wunsche hat der wohlthätige Gutsherr dem armen Manne das Wohnhaus durch Gewährung der Baumaterialien wieder herstellen lassen. Nach laborirte T. an diesem herben Unglück, als ihn vorgestern Abends nach 11 Uhr ein neues traf. Die Scheune mit dem größten Theil der Ernte ist durch ruchlose Hand ein Raub der Flammen geworden. Die Scheune gering verbrannt, die Feldfrüchte gar nicht verbrannt, sieht der Mann sich nun vollständig ruiniert. Wöchten wohlthätige Menschen auch jetzt dem Unglücklichen aufhelfen!

Eine Wette zweier Wirths aus S., welche zum gestrigen Wochenmarkte nach Drowo mit beladenem Gespann jagten, hat entsehlige Folgen gehabt. Der Lenker des einen Fuhrwerks fiel herunter, die Räder gingen ihm über den Kopf und er hat das wahrnützige Unternehmen mit dem Tode büßen müssen.

Der Wirth in Sieroszewice, welcher am Sonntag vor 8 Tagen den jungen Kavalier, aus derselbe seiner Ehefrau den Hof machte, durch mehrere Messerstiche veranlaßt wurde, daß der Kavalier kurze Zeit darauf starb (siehe 261 d. Ztg.) soll — wie mir mitgeteilt — am Mittwoch darauf, als die Gerichtskommission aus Drowo zur Section der Leiche erscheinen sollte, sich aus Furcht vor der Strafe erhängt haben.

Zum 9. Dezember c., Vormittags 11 Uhr, hat unser Kreislandrath einen Kreistag anberaumt, bei welchem über die Bestimmung des Kreishaushaltsetats

für das Jahr 1869, und über die anderweitige Repartition der Kreiskommunalbeiträge Beschluß gefaßt werden soll. Auf dem am 5. August d. J. stattgefundenen Kreistage hatten die Stände unter Vorbehalt eines definitiven Beschlusses anerkannt, daß der seither bei Vertheilung der Kreiskommunalbeiträge angewandte Modus nicht zweckmäßig sei und dahin zu ändern sein dürfte, daß jene Vertheilung fortan nach dem Maßstabe der direkten Staatssteuern, mit Ausschluß der Gewerbesteuer, stattfinden. Zugleich war eine Kommission von sechs Mitgliedern zur Ermittlung des neuen Repartitions-Modus gewählt worden. Diese hat in der Sitzung am 15. Oktober c. nach reiflicher Erwägung sämtlicher maßgebenden Verhältnisse beschlossen, den Ständen vorzuschlagen, zu beschließen, daß die Kreis-Kommunal-Abgaben fortan nach Maßgabe der direkten Staatssteuern, mit Ausschluß der Gewerbesteuer, auf die Kreiseingekessenen, unter gänzlicher Freilassung der bis inkl. 2 1/2 Sgr. monatlichen Klassensteuer zahlenden Einkünfte, umzulegen und daß, um zu diesem Zwecke auch die mahl- und schlagsteuerpflichtige Stadt Drowo, so wie die Forstkreise belegenden Grundstücken ihnen zustehenden Einkommens zur Klassen- resp. Einkommensteuer fiktiv einzuschlagen seien, daß jedoch das Steuerfoll der Stadt Drowo um deshalb eine angemessene Ermäßigung finden dürfe, weil diese Kommune Aufwendungen im Gesamtinteresse des Kreises, namentlich den Bau der Kasernen, bewirkt habe, weshalb vorgeschlagen werde, bei der Gebäudesteuer der Stadt 50 Procent in Abzug zu bringen. Außerdem sollen mehrere Wahlen bewirkt werden.

?? Aus der Provinz, 10. November. [Ein Denkmal für Dr. Regig.] Die städtischen Behörden in Lissa haben einen namhaften Beitrag für ein dem verstorbenen Dr. Regig zu errichtendes Denkmal bewilligt. Auf diese Veranlassung sind 9 angesehene Bürger von Lissa zu einem Komitee zusammengetreten, um fernere Beiträge zur Herstellung des Denkmals zu sammeln. Die von diesen Herren erlassene Aufforderung stellt außerdem — wenn die Höhe der Beiträge es zuläßt — eine Stiftung für hilfsbedürftige in Aussicht, durch die der Name des Dahingegangenen verewigt werden soll.

Auch wir freuen uns, daß der Wunsch, dem Andenken an Dr. Regig einen würdigen Ausdruck zu geben, so viele Theilnahme findet. Wir hatten die Ehre den Verstorbenen zu kennen und begien für seinen edlen Charakter, sein menschenfreundliches Herz allezeit die höchste Achtung. Wir glauben indeß, daß das Komitee wohl daran gethan hätte, sich mit den verfügbaren Mitteln auf die „Stiftung für Hilfsbedürftige“ zu beschränken, da diese das schönste Denkmal ist, was dem Verstorbenen gesetzt werden kann. Das weiter gehende Projekt mißbilligen wir, weil seine Ausführung in weiteren Kreisen sehr leicht zu Mißdeutungen führen kann. Es ist notorisch, daß Dr. Regig sich bis in die allerletzte Zeit seines Lebens für die Wiederherstellung des polnischen Reiches lebhaft interessirt und für diese Idee manche literarische Lanze gebrochen hat. Einen Denkstein auf sein Grab zu setzen, dazu haben unseres Bedingens seine zahlreichen polnischen Freunde mehr Veranlassung, als die Unterzeich-

ner des Aufrufs, die mit den auf Politik Bezug habenden Ansichten des Verstorbenen schwerlich jemals übereinstimmen werden.

So viel dem Einfender dieses Artikels bekannt ist, die Errichtung eines Denkmals für Dr. Regig in polnischen Kreisen auch schon angeregt worden. Um so mehr Grund für die Deutschen, ihr Projekt nach dieser Richtung aufzugeben und sich ausschließlich auf die Begründung einer Regig-Stiftung zu beschränken. Die letztere liegt auf einem vollständig neutralen Gebiete und feiert das Andenken des Dahingegangenen als Privatmann, als Mensch. Und nur insoweit können wir seine Verdienste anerkennen.

„Wenn je ein Volkskalendar“

seine Aufgabe, zu unterhalten, zu bilden, zu nützen u., erfüllt, so ist es dieser (Zahrer Gintender Bote), der in einer Auflage von 500,000 Exemplaren über ganz Deutschland verbreitet ist. (Dibastalia.)

Haupt-Agentur: **Jos. Jolowicz** in Posen.

Angelommene Fremde

vom 12. November.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Graf Arco nebst Frau aus Bronzow, Gräfin Grabowska und Gräfin Tyszkiewicz aus Siedlec, Warden aus Pawlowice und Peterfen aus Wasowo, Baumeister Wegner aus Berlin, die Kaufleute Werner und Lode aus Berlin, Arny aus Steinitz, Kiehl aus Frankfurt a. O., Dähner aus Leipzig und Schäfer aus Hagen, Frau Oberst v. Nagmer aus Breslau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Dpiz aus Lomewin und Spner aus Bugowint, die Kaufleute Müller und Masch aus Berlin, Rau aus Köln, Hansen aus Paris, Adernann aus Breg a. O., Ddrich aus Chemnitz, v. Lagerström aus Schwedt a. O., Brünke aus Hamburg und Schmehding und Versicherungsinspektor v. Wunisch aus Breslau, Fabrikant Uch aus Rawicz.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Schröder aus Solingen und Hof aus Warschau, Porträtmaler und Photograph Bradengeier aus Bromberg, die Gutsbesitzer Morgenstern aus Starzyn, Jauernik nebst Frau aus Nagradowice, Hildebrandt aus Trzebiatow, Jffland aus Marwitz und Frau Sanitz nebst Tochter aus Dyalyn, Gymnasiallehrer Martin nebst Frau aus Gnesen.

TILNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Herder aus Charlottenburg, Wolfmann aus Pils, Kortmann aus Magdeburg und Spiro aus Amerika, Kreisbaumeister Wehne nebst Frau aus Kosen, Polizei-Assistent v. Bernardi aus Breslau, die Gutsbesitzer Grabianski aus Spolke und v. Sosniemski aus Roghanowo, Versicherungs-Inspektor Reichstein aus Berlin.

Inserate und Körben-Nachrichten.

Aufkündigung von Rentenbriefen der Provinz Posen.

In der heute öffentlich bewirkten Auslosung der zum 1. April 1869 zu tilgenden Rentenbriefe der Provinz Posen sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Eittren und Nummern gezogen worden, welche den Besitzern unter Hinweisung auf die Vorschriften des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850, §. 41. u. ff., zum 1. April 1869 mit der Aufforderung gekündigt werden, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in koursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinskupons Ser. III. Nr. 6. bis 16. und Talons, von dem gedachten Kündigungstage an, auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Rentenbriefe können unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt und unter Beifügung einer nach folgendem Formulare:

„buchstäblich Thlr. =
„Thaler, Valuta für d. zum
„1. 18. gekündigten
„Posener Rentenbrief ... Litt.
„Nr. über Thlr. habe
„ich aus der königlichen Rentenbank
„Kasse in Posen baar gezahlt erhalten
„(Ort, Datum und Unterschrift.)
ausgestellten Quittung eingeseudet und die
Uebersendung der Valuta kann auf gleichem Wege, jedoch nur auf Gefahr und Kosten des Empfängers, beantragt werden.

Posen, am 12. November 1868.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Posen.

Verzeichniß

der am 12. November 1868 ausgelosten und am 1. April 1869 fälligen Posener Rentenbriefe.

Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.
Litt. A. zu 1000 Thlr. 51 Stück.					
21	1474	3422	4236	5578	8365
312	1515	3517	4245	6670	8409
332	1678	3523	4393	6745	8445
418	1759	3545	4527	6784	8895
624	1999	3943	4783	7031	9201
641	2201	3961	4971	7403	9222
1041	2277	4127	5166	7905	
1071	2790	4165	5193	8177	
1391	2826	4198	5537	8359	

Litt. B. zu 500 Thlr. 14 Stück.

86	485	1647	1810	2469
263	872	1765	2257	2516
341	966	1802	2468	

Litt. C. zu 100 Thlr. 48 Stück.

106	1606	2445	4513	6030	7310
592	1679	2547	4598	6041	7311
698	1681	2594	4712	6191	8025
794	1973	2702	5163	6253	8105
827	1991	3028	5217	7180	8138
1171	2188	4177	5338	7185	8212
1255	2227	4247	5766	7219	8282
1357	2324	4363	6013	7295	8389

Litt. D. zu 25 Thlr. 35 Stück.

210	1267	2630	3224	4263	5503
229	1456	2666	3450	4458	5768
247	1614	2667	3773	4479	6008
677	1985	2752	3919	5005	6065
875	2367	2790	3947	5231	6219
1001	2523	3119	4228	5478	

Litt. E. zu 10 Thlr. 16 Stück.

7263	7266	7269	7272	7275	7278
7264	7267	7270	7273	7276	
7265	7268	7271	7274	7277	

Anmerkung. Sämtliche Rentenbriefe Litt. E. Nr. 1. bis 7278. inkl. sind verlost resp. gekündigt.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu Wągrowiec.
Das dem Ernst Westfeld gehörige Gut Strzeszkowo, abgetheilt auf 43,598 Thlr. 28 Sgr. 4 Pf., laut der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in unserem Bureau III A. einzusehenden Lage, soll

am 8. März 1869,

Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die Gläubiger, welche wegen einer, aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung, aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Wągrowiec, den 23. Juli 1868.

Verkauf von Eichen.

Von den in diesem Herbst eingesammelten Saat-Eichen sind 221 Scheffel disponibel. Diese sollen in größeren und kleineren Partien gegen gleich baare Bezahlung im Wege des Weisgebots verkauft werden; dazu steht

Dienstag den 24. November c.,
von 10 bis 12 Uhr, im Gasthause zu Lang-Goslin

Termin an, zu welchem Käufer hiermit eingeladen werden, mit dem Bemerken, daß die zu Eichen auf den Forstereien: Briesen, Neutrug, Reiterlug, Boguniemo, Starzanowo und Radzim in den Eichenstuppen lagern und dort vorher besichtigt werden können.

Gasthof, den 10. November 1868.
Der königliche Oberförster
Stahr.

Als Rechts-Anwalt und Notar nach Pleschen verlegt, habe ich mein Bureau im Hause des Kaufmanns Gerson Gellert, Kalischerstraße, eröffnet.
V. Trzaska,
Rechts-Anwalt u. Notar.

Bekanntmachung.

Das Ziegler-Wohn-Etablissement nebst Garten und Land auf der königlichen Ziegelei bei Mattan soll auf ein Jahr vom 1. Januar 1869 an verpachtet werden, wozu ein Termin auf Montag

den 16. November c.,

Vormittags 11 Uhr,

im Bureau der Festungs-Bau-Direktion — Kanonengraben Nr. 1. — angesetzt wird. Die Verpachtungs-Bedingungen sind im Bureau der Festungs-Bau-Direktion einzusehen.

Posen, den 10. November 1868.

Königl. Festungs-Bau-Direktion.

Am Dienstag den 17. November c. sollen auf dem hiesigen königlichen Magazin Nr. I.: eine Partie alter Bau-Materialien, Roggen-Kleie, Fuhrmehl, Begetaff und Heusamen, öffentlich gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Posen, den 10. November 1868.

Königliches Proviant-Amt.

Am 23. November c., von Vormittags 10 Uhr ab, wird im Forsthaus zu Neugedant gegen gleich baare Zahlung: tiefer Bauholz, Kloben, Ast- und Stockholz, versteigert.

Die Forst liegt unweit der Warthe, die Abfahrt deshalb sehr bequem.

Die Forst-Verwaltung.

Sprzedaż konieczna.

Sąd powiatowy w Wągrowcu.
Do Ernesta Westfelda należące dobra Strzeszkowo, oszacowane na 43,596 tal. 28 sgr. 4 fen., podług taksy, mogącej być przejętą wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w biurze naszym III A., ma być

dnia 8. Marca 1869,

przed południem o godz. 11.
w miejscu zwykłym posiedzeń sądowych sprzedane. Wierzyciele, którzy względem jakiej z księgi hipotecznej nie pokazującej się pretenzji realnej ze sumy kupna zaspokożenia szukają, niech się z pretenzjami swymi do nas zgłoszą.

Wągrowiec, dnia 23. Lipca 1868.

Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich Freitag den 13. November, früh von 9 Uhr ab, im Auktionslokale Magazinstrasse 1., div. Möbel, Betten, Kleidungsstücke, Haus- u. Wirthschafts-Geräthe, demnachst Rod- und Gosenstoffe, ferner für Rechnung einer auswärtigen Konturs-Masse: div. Anter-Weiß-, Roth- u. Ungar-Weine, Liqueure, Rums, darunter ein Orig.-Geb. Mosfrid, Porzelen u., um 12 Uhr 2 Tag und 1 Riste Cigorien sowie gute Bordeaux-Weine in Flaschen öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski,
gerichtl. Auktions-Kommissar.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich Mittwoch am 18. November d. J., Vormittags 11 Uhr, in Dzierżynia bei Netla: 1 Fortepiano, 1 Sopha, 1 Mahagoni-Tisch und 6 Stühle, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen. Schroda, den 9. November 1868.

Der Auktions-Kommissar Schroeder.

Hiermit bringen wir zur Kenntniß des Publikums, daß wir den

Herrn **Siegmund Bernstein** zu Posen

zum General-Agenten unserer Gesellschaft für den Regierungsbezirk Posen ernannt haben.

Potsdam, den 9. November 1868.

Deutsche Lebens-, Pensions- und Renten-Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit.

Die Direktion.

C. Adam. A. L. Bongé.

Bezugnehmend auf vorstehende Bekanntmachung erlaube ich mir, obiges Institut zum Abschluß von Lebens-, Pensions- u. Versicherungen bestens zu empfehlen und ertheile auf alle an mich gerichteten Anfragen bereitwillig die nöthige Auskunft.

Special-Agenten stelle ich in allen Orten meines Bezirkes an und nehme dieselbe Anträge entgegen.

Posen, den 12. November 1868.

Siegmund Bernstein,

General-Agent;

Markt 1., am Rathhause.

Dr. Levinstein's
Maison de santé,
Berlin-Schöneberg 11/12.
Heil-Anstalt für innerliche, äußerliche und Nerven-Krankheiten. Behandelnder Arzt, Sanitätsrath Dr. Levinstein. Konsultationen der ersten Aerzte Berlins. Meldungen zur Aufnahme nimmt entgegen
Das Bureau des Maison de santé.

Annonce.
Das Uhrmacher-Geschäft Salbdorfstraße 33. ist sofort zu verkaufen. Diejenigen, welche noch Zahlungen an das Geschäft restituieren, werden ersucht, sich umgehend zu melden.



Aus der hiesigen Vollblut-Reggretti-Heerde stehen 2 jährige Böcke zum Verkauf; die Vöden sind geimpft.
Dom. Samter b. Station Samter.



Auf dem Dom. Owleczki bei Gnesen wird mit Beginn November c. der Vödenverkauf eröffnet.

Zwei gemästete Kühe
stehen zum Verkauf
Königsstraße Nr. 11,
im früher Woiden Grundstüd.

Das Dominium Stryskowo bei Stenjawo hat 2 Windhunde (Hund und Hündin) f. den Preis von 20 Thlr. z. verkaufen.



Vödenverkauf.
Den Vödenverkauf in meiner Original-Reggretti-Heerde beginnt mit dem 15. November. Dobberphul ist 1/2 Meile von der Eisenbahnstation Doelitz entfernt und durch Chauffee mit derselben verbunden. Bei rechtzeitiger Anmeldung steht in Doelitz mein Fuhrwerk zur Disposition.
Dobberphul bei Doelitz.



Rechholtz.
Ein Zuchtbulle, 1 1/2 Jahr alt, in der Plechener Ausstellung als zweiter Gewinn, echte Schorthornrace, ist zu verkaufen. Zu erfragen beim Kaufm. Jozewicz in Krotoschin.
Krotoschin, den 10. November 1868.
Szwengber.



Der Vödenverkauf in hiesiger Stammschäferei (Elektoral-Merino) beginnt am 10. November.
Dpatow bei Kempen, P. Posen.
In meiner hiesigen
Original-Reggretti-Stammheerde
beginnt der Verkauf geimpfter Zuchtböcke am 2. Nov.
G. Rybno bei Kijstowo.
J. Lange.

S. Schmidt'sche Waldwollwaaren gegen Gicht- u. Rheumatismus in Paris einzig und allein prämiirt. Hauptdepot bei
S. Tucholski.
Wilhelmsstraße 10.
(Beilage.)

